

5. Antrag gemäss § 52 der Geschäftsordnung des Grossen Rates von Stefan Leuthold vom 25. März 2015 "Power-to-Gas: Innovative Speicherlösung für Ökostrom" (12/AN 10/349)

Beantwortung

Präsident: Die Antwort des Regierungsrates liegt schriftlich vor. Ich eröffne die Diskussion. Das Wort hat zuerst der Antragsteller.

Diskussion

Leuthold, CVP/GLP: Der vorliegende Antrag hat mir bereits zweimal Freude bereitet. Zuerst wurde er bei der Einreichung von zahlreichen Kolleginnen und Kollegen unterstützt. Nun hat auch der Regierungsrat den Vorstoss positiv beantwortet. Erfreulich ist auch die Tatsache, dass im Kanton Schaffhausen bereits eine Machbarkeitsstudie zum Thema "Power-to-Gas" in Arbeit ist. Daraus können die Grundlagen für ein Konzept übernommen werden, was Ressourcen und damit Kosten spart, vorausgesetzt natürlich, dass der Antrag heute erheblich erklärt wird. Um die Energiewende voranzubringen und damit die Abkehr von fossilen und nuklearen hin zu erneuerbaren Energieträgern zu meistern, ist ein zusätzlicher Bedarf an Stromspeichern nötig. Speicherseen und Pumpspeicherwerke können aber nur in beschränkter Masse gebaut werden. Batteriespeicher sind teuer, verbrauchen wertvolle Ressourcen, und sie müssen am Ende ihrer Lebensdauer aufwendig entsorgt werden. Druckluftspeicher oder Kondensatoren sind spannende, in ihrer Anwendung aber beschränkte Lösungen. Eine weitere Alternative stellt darum das Konzept "Power-to-Gas" oder "Power-to-Fuel" dar. Hier wird Wasser durch Elektrolyse in seine Bestandteile, Sauerstoff und Wasserstoff, aufgespalten und der Wasserstoff durch Beimischung von CO₂ in speicherbares Gas umgewandelt. Mit diesem Gas können Fahrzeuge betrieben und Häuser beheizt werden oder es kann mittels Generatoren zurückverstromt werden. Erstaunlicherweise stammt das Grundkonzept, elektrolytisch erzeugten Wasserstoff als Energieträger zu nutzen, aus der Mitte des 19. Jahrhunderts. Einen Aufschwung erhielt das Konzept vor wenigen Jahren, als sein Potenzial im Zusammenhang mit der Speicherung von unregelmässig anfallender Energie erkannt wurde. In Zuchwil im Kanton Solothurn ist man bereits einen Schritt weiter. Am 30. Juni letzten Jahres wurde dort das Hybridwerk "Aarmatt" eröffnet. An dieser Schnittstelle von Strom, Wasser, Gas- und Fernwärme kann mittels modernster Technologie überschüssiger Strom beispielsweise in Gas umgewandelt werden. Dieses wird vor Ort oder im Energienetz gespeichert und kann zum geeigneten Zeitpunkt wieder ins Netz zurückgespeist werden. Ein solches Hybridwerk leistet einen Beitrag zur Netzstabilisierung und hilft mit, vorübergehende Überkapazitäten an Strom, welche sonst verloren wä-

ren, für einen späteren Zeitpunkt bereitzustellen. Selbstverständlich kann jede Form von erneuerbarer Energie in Wasserstoff und Methangas umgewandelt werden. Mit seiner gut ausgebauten Gasinfrastruktur wäre diese Nutzung auch für den Kanton Thurgau sehr interessant. Beispielsweise wäre eine Zusammenarbeit zwischen Erdgas Ostschweiz und der AXPO für beide Seiten lukrativ und würde neue Geschäftsfelder eröffnen. An der EMPA St. Gallen, der Eidgenössischen Materialprüfungs- und Forschungsanstalt, und an der Fachhochschule Rapperswil wird bereits intensiv an den vielversprechenden Technologien "Power-to-Gas" und "Power-to-Fuel" geforscht. Der bekannte Publizist Franz Alt hat einmal gesagt, dass die Antwort auf die Frage der Energiewende nicht Askese oder Verzicht, sondern Intelligenz sei. Für die Unterstützung meines Antrages danke ich Ihnen.

Helpenberger, BDP: "Power-to-Gas" oder auf Deutsch "elektrische Energie zu Gas" ist eine in Deutschland bereits erprobte Technik, temporäre Stromüberschüsse als Gas zu speichern. Automobilhersteller und Kohlekraftwerke sind auf diesen Zug aufgesprungen. In der Schweiz befinden wir uns diesbezüglich noch in den Kinderschuhen. Die BDP erachtet "Power-to-Gas"-Anlagen nebst dem kommerziellen Batteriepark und dem Aufbau von "Smart Grids" als ein weiteres Puzzleteil zum Atomausstieg, weil insbesondere der Ökostrom durch Solar- und Windanlagen sehr unterschiedlich anfällt und das Stromnetz den Schwankungen nicht in jedem Fall standhält. Die BDP ist der Meinung, dass "Power-to-Gas"-Anlagen dazu dienen sollen, das durch Strom erzeugte Gas ins gut ausgebaute Erdgasnetz einzuspeisen. Nur so kann eine solche Anlage einigermaßen effizient betrieben werden. Die BDP-Fraktion unterstützt den Antrag einstimmig.

Rüegg, GP: Wir danken dem Regierungsrat für die Beantwortung, die zudem sinnvollerweise recht kurz ausgefallen ist. Wir halten von der Technologie für den Einsatz in der Schweiz wie auch im Thurgau nicht sehr viel. Wie bereits im Grundlagenbericht "Stromnetze Thurgau" vom 29. Oktober 2014 dargelegt wird, wird es noch viele Jahre dauern, bis wir im Thurgau gezwungen werden, ökologisch produzierten Strom aus Solar- oder Windkraft zu speichern. Sollte dies einmal nötig werden, dürften andere Speichermethoden, beispielsweise Batterien in Gebäuden oder Autos, sinnvoller sein, um den wertvollen erneuerbaren Strom zwischenspeichern. Denn Batterien geben den Strom, der direkt für Licht und Kraft - also in Beleuchtungen mit heute über 85 % Wirkungsgrad und in Elektromotoren mit ca. 94 % Wirkungsgrad - Verwendung findet, mit einem vertretbaren Verlust wieder ab. Wird nämlich Ökostrom in Gas, Methan, Benzin, Diesel oder gar Heizöl umgewandelt, wird er indirekt der Verbrennung zugeführt, was aufgrund der zweifachen Umwandlung zu grossen Verlusten des umweltfreundlich produzierten Stroms führt. Es würden dann Gebäude zwar wieder mit elektrischem Strom, aber viel grösseren Umwandlungsverlusten, beheizt. Das wäre mindestens so unsinnig wie die Förderung von Elektroheizungen, um den Verbrauch von Atomstrom anzukurbeln, wie man dies seit

den 70er-Jahren und heute noch tut. Dies soll aus gutem Grund in den kommenden Jahren aber gestoppt werden. Der Antragsteller weist am Schluss seiner Begründung selbst auf den Unsinn hin. Eine solche Nutzung des Ökostroms wäre "Perlen vor die Säue" geworfen. Neu und gleichzeitig unsinnig wäre es auch, den umgewandelten Ökostrom in Verbrennungsmotoren mit einem Wirkungsgrad von vielleicht 35 % oder eben 65 % Verlust zu "verbraten", die zudem immer noch Lärm verursachen und Schadstoffe ausstossen. Gemäss Studien dienen die Batterien den Elektrofahrzeugen künftig als sehr nützliche Stromzwischenpeicher. Der Strom kann dort direkt und mit sehr geringen Verlusten zur geräuscharmen und schadstofffreien Fortbewegung genutzt werden. Der Regierungsrat weist darauf hin, dass im Kanton Schaffhausen bereits eine ähnliche Studie in Arbeit sei und sich der Kanton Thurgau mit Fr. 60'000.-- kostengünstig der Studie anschliessen und damit dem Problem und den möglichen negativen Auswirkungen auf den Grund gehen könne. Nur weil dem so ist, folgen wir dem Antrag des Regierungsrates, den Antrag erheblich zu erklären, um die Fakten zu dieser Technologie noch exakter auf dem Tisch zu haben.

Gemperle, CVP/GLP: Namens der CVP/GLP-Fraktion nehme ich zum Antrag Stellung. Wenn wir von innovativen Speicherlösungen für temporäre Überschüsse von Ökostrom aus Wasserlaufkraftwerken, Photovoltaik- und Windkraftanlagen sprechen, sind für uns folgende Lösungen wichtig: Die bestehenden Möglichkeiten der Wasser-, Pump- und Biogasspeicher sowie weitere sehr effiziente Alternativen bei den Stromnetzen sind prioritär zu nutzen. Batteriespeicher und die neuen Möglichkeiten der E-Mobilität sind konsequent zu nutzen, wie beispielsweise das gezielte Aufladen von Elektroautos während Überschusszeiten. Noch immer gibt es Elektrizitätswerke, die ihre Sperrzeiten über Mittag, also dann, wenn die Photovoltaikanlagen am meisten produzieren, beibehalten haben. Auch hier sollte man die richtigen Priorität setzen. Aus unserer Sicht mag es in besonderen Situationen richtig sein, "Power-to-Gas" zu nutzen. Für eine solche Lösung in ganz speziellen Fällen könnte sprechen: eine bessere Nutzung und Auslastung der schon vorhandenen Gasinfrastruktur und der Ersatz fossiler Energien durch erneuerbare Energien in bestehenden Infrastrukturen. Das bestehende umfangreiche Gasnetz bietet sich teilweise an, eine gewisse kurzfristige Speicherung zu ermöglichen. Meines Wissens sind die Energieverluste beim Prozess der Umwandlung jedoch sehr gross. Dies hat Kantonsrat Jost Rüegg bestätigt. Deshalb sehe ich nur eine punktuelle Umsetzung unter ganz speziellen Verhältnissen. Genau dies soll nun im verlangten Konzept geklärt werden. Unserer Fraktion wäre es wichtig, dass sich die Studie auf sämtliche Speichermöglichkeiten von temporärer, überschüssiger elektrischer Energie bezieht. Wir sind davon überzeugt, dass dies auch unter dem Titel des Vorstosses möglich ist, denn die Variante "Power-to-Gas" soll mit anderen innovativen Ideen und Steuerungsmöglichkeiten verglichen werden. Dies erwarten wir auch bei der Umsetzung der Machbarkeitsstudie. Mit dieser Ergänzung ist die CVP/GLP-Fraktion einstimmig für Erheblicherklärung des

Antrages.

Tobler, SVP: Ich danke dem Regierungsrat im Namen der SVP-Fraktion für die Beantwortung. Unseres Erachtens ist die Idee gut. Wer in den nächsten Jahren die effizientesten und wirtschaftlichsten Energiespeicherlösungen findet, dürfte sich einen Namen machen. Im europäischen, sprich deutschen Kontext ist "Power-to-Gas" aus der Notwendigkeit entstanden, die enormen Mengen an erneuerbarer Energie aus Solar- und Windkraft zu regeln. Die Idee ist grundsätzlich simpel und auch einleuchtend, denn die Sonne und der Wind schicken uns keine Rechnung. Wenn also die Sonne scheint und der Wind bläst, sollten wir dies nutzen. Wenn wir die Energie nicht direkt konsumieren können, sollte sie speicherbar sein. In Deutschland betreibt "Audi Energie" die grösste "Power-to-Gas"-Anlage und Firmen wie "E.ON Energie Deutschland GmbH" oder "Greenpeace Energy eG" haben inzwischen eigene Windgastarife für ihre Kunden. Die Machbarkeit der Anlagen ist eigentlich nicht mehr das Thema. Die Energiestrategie 2050 des Bundes setzt auf erneuerbare Energien und Energieeffizienz. Gleichzeitig soll aber Primärenergie wie Gas, Holz oder Öl durch Strom ersetzt werden. Die Kritik, dass die Stromproduktion nach wie vor wesentlich auf dem Ersatz von fossilen Energieträgern beruhe und damit das Problem nicht gelöst, sondern verlagert werde, ist nachvollziehbar. Der Zertifikatshandel ist heute noch ein wackliges Kartenhaus. Auch aus diesen Gründen streben beispielsweise die MuKE, die Mustervorschriften der Kantone im Energiebereich der Konferenz Kantonaler Energiedirektoren, eine gewisse Eigenstromproduktion für die Gebäudebesitzer an. Gas oder "Power-to-Gas" spielen hier keine Rolle. Unseres Erachtens sollte dies geändert werden. Weshalb soll sich ein Hausbesitzer nur an einer Photovoltaik-, nicht aber an einer "Power-to-Gas"-Anlage beteiligen können? Die Schweiz ist auch aus geopolitischen und geographischen Gründen daran interessiert, einen gewissen Grad der Unabhängigkeit an ausländischen Energielieferungen aufrecht zu erhalten. Wir sind davon überzeugt, dass die Stromlücke bald Realität wird. In dieser Situation muss man sich alle Optionen offenhalten und darf keine Türen zuschlagen. Dies gilt konkret für das Gasgeschäft. Gas als Energiequelle hat viele Möglichkeiten: Der Bau von Gaskraftwerken, um die Stromlücke zu schliessen, der Bau von dezentralen Blockheizkraftwerken, um die Effizienz der Gaslösungen weiter zu steigern, Pilotprojekte bei Brennstoffzellen, der Einsatz von Biogas als einheimischer Energieträger und der Einsatz anderer Technologien wie "Power-to-Gas". Im Vergleich mit anderen Speicherverfahren wie Pumpspeicherkraftwerken ist zu sagen, dass diese zwar enorme Leistung, aber kaum Energie liefern. "Power-to-Gas"-Anlagen machen beides. Im Vergleich zu Batterien ist "Power-to-Gas" mindestens gleichweit fortgeschritten. Offenbar sieht das der Regierungsrat noch nicht so. Der Vorteil der Batterien besteht in deren Ersatz im Zusammenhang mit der Eigenstromproduktion. Der Nachteil ist, dass die Ökobilanz der Herstellung, die Kosten der verwendeten Materialien und die geringe Lebensdauer bisher mehr Fragen als Antworten aufwerfen. Um Batterien sinnvoll nutzen zu können,

braucht es eine entsprechende Infrastruktur. Diese ist noch nicht vorhanden. "Power-to-Gas" basiert hingegen auf einer bestehenden Infrastruktur, unserem Leitungsnetz. Als Gemeindepräsident einer Gemeinde mit einer Gasorganisation kann ich dies bestätigen. "Power-to-Gas" hat das Problem mit der Verteilung von Energie bereits gelöst und ist damit fast allen anderen Technologien überlegen. In der Strombranche werden teilweise Höchstspannungsnetze aufgebaut, was sozial schlecht verträglich und enorm teuer ist. Der Regierungsrat will die beantragte Studie durchführen. Schwerpunkte bilden unter anderem Speichertechnologien und Massnahmen zur Netzentlastung. Wenn die Netzentlastung wirklich das relevante Wirtschaftlichkeitskriterium ist, frage ich mich, weshalb der Kanton Thurgau nicht eine grossflächige Initiative zur Förderung dezentraler Kraftwärmekopplung für Gasanlagen lanciert. Die Netzentlastung durch "Power-to-Gas" kann nur dann funktionieren, wenn dieses Gas dezentral und über ein Netzwerk gesteuert und verstromt wird. Meines Erachtens sollte auch die Produktion an sich untersucht werden. In der Antwort des Regierungsrates fehlt mir die wirtschaftliche Fragestellung. Wenn man die "Power-to-Gas"-Anlage in Relation zu Pumpspeicherkraftwerken stellt, sollte man fairerweise sagen, dass Speicherkraftwerke für Strom nur nach Marktpreisen betrieben werden. Für diese Speichertechnologien ist also völlig unerheblich, woher der Strom kommt. Hauptsache, er ist günstig. Will man das seit Jahrzehnten bewährte Rückgrat der Schweizer Energieversorgung nicht grundsätzlich in Frage stellen, müsste eine ähnliche Logik auch für "Power-to-Gas" geprüft werden. Der Regierungsrat geht davon aus, dass "Power-to-Gas"-Anlagen in unmittelbarer Nähe zu Stromproduktionsanlagen aus erneuerbarer Energie entstehen müssen. Weshalb eigentlich? Aufgrund meiner Abklärungen gibt es drei Modelle, die zu prüfen sind: 1. Modell "Pumpspeicherkraftwerke": Einsatz der "Power-to-Gas"-Anlagen zu Grosshandelspreisen für Strom. 2. Modell "Virtuell": Einsatz der "Power-to-Gas"-Anlagen für zertifizierte Stromprodukte. 3. Modell "Ökostrom": "Power-to-Gas"-Anlagen haben direkten Strombezug aus Produktionsanlagen erneuerbarer Energie der unmittelbaren Umgebung. Selbst mir ist klar, dass man sich die Studie sparen kann, wenn das Modell 3 angewendet werden muss. Das wird schlicht unwirtschaftlich und angesichts der Menge unrealistisch sein. Als Netzeigner würde es mich vor allem interessieren, wie gross das Speichervolumen des Gasnetzes in der Schweiz und im Kanton Thurgau heute tatsächlich ist und welches Potenzial hier mit der möglichen Druckerhöhung besteht. Welchen monetären Wert haben diese Speichermöglichkeiten? Dies könnte das Thema der Netzbewertung in eine völlig neue Perspektive rücken. Dann sind die Fr. 60'000.-- gut investiert. Die SVP-Fraktion unterstützt den Antrag einstimmig.

Trachsel, EDU/EVP: Mit dem vorliegenden Antrag wird der Regierungsrat beauftragt, eine Machbarkeitsstudie vorzulegen, wie die "Power-to-Gas"-Technologie unterstützt werden kann. Ich wiederhole das, was ich vor dreieinhalb Jahren bereits bei der Motion Wehrle/Strupler "Erweiterung der Interpretation 'Ausrüstungspflicht' bei der Versorgung

mit Biogas - Zulassung von Biogas zur Erfüllung des erneuerbaren Anteils gemäss § 8 des kantonalen Energienutzungsgesetzes" gesagt habe: "Seit der Atomkatastrophe in Japan hat die Frage nach Alternativenergie nochmals stark zugenommen. Das Ziel, der Ausstieg aus der Atomenergie, ist bekannt und wird rege diskutiert. Meines Erachtens ist es auch jedem bewusst, dass es enorme Anstrengungen, Innovationen und Ideen, ja neue Wege braucht, um die Energieversorgung in Zukunft sicherzustellen." Davon bin ich heute noch überzeugt. "Power-to-Gas" ist eine Möglichkeit, die es verdient, geprüft und weiterverfolgt zu werden. Die EDU/EVP-Fraktion folgt dem Vorschlag des Regierungsrates und wird den Antrag einstimmig erheblich erklären.

Daniel Eugster, FDP: Ich spreche für eine grosse Mehrheit der FDP-Fraktion. Wir stellen uns hinter die konstruktive Antwort des Regierungsrates und unterstützen die Ausarbeitung eines Konzeptes, welches die Speicherung von Energie im Thurgau ins Zentrum stellt. Unsere Energiezukunft ist und bleibt für die Politik sowie für die Wirtschaft eine ganz grosse Herausforderung. Die Speicherung von Energie ist neben einer nachhaltigen, wirtschaftlichen Produktion ein zentrales Puzzleteil für eine stabile und sichere Energieversorgung. Wie andere Speichertechnologien ist "Power-to-Gas" noch in der Pionierphase, und es ist nicht absehbar, welche Verfahren sich im Markt durchsetzen. Die "Power-to-Gas"-Technologie hat viele Vorteile. Bis jetzt konnte aber gemäss meinen Recherchen noch kein effizientes Geschäftsmodell entwickelt werden, welches sich auch wirtschaftlich rechnet. Trotzdem bin ich davon überzeugt, dass es sich für uns lohnt, wenn wir heute die Möglichkeit abstecken und neue Entwicklungen sowie bewährte Verfahren prüfen und einander gegenüberstellen. Dabei sollen neben dem Wirkungsgrad und der Wirtschaftlichkeit unbedingt auch die Speicherkapazität sowie die idealen Standortanforderungen geprüft werden. In Bezug auf "Power-to-Gas" erhoffe ich mir folglich explizit eine Aussage zum Zustand und zur Speicherkapazität des Thurgauer Erdgasnetzes. Die grosse Mehrheit der FDP-Fraktion ist für Erheblicherklärung.

Barbara Müller, SP: Ich spreche für die SP-Fraktion. Ich danke dem Regierungsrat für die kurze, knappe, aber sehr präzise Beantwortung des Antrages, eine Machbarkeitsstudie vorzulegen, wie man Technologien unterstützen könnte, um Ökostrom aus H₂ (Wasserstoff) oder CH₄ (Methan) ins Erdgasnetz einzuspeisen oder auch in Treibstoff umzuwandeln. Meines Erachtens sollte man angesichts der Dringlichkeit der Energiewende die technischen Bestrebungen unterstützen, um aus volatilen Quellen wie Photovoltaik oder Windrädern im grossen Stil überhaupt Strom speichern zu können. Die bereits erwähnten und heute für die Stromspeicherung im Einsatz stehenden Akkus haben einen gewichtigen Nachteil, der nicht erwähnt wurde. Wir brauchen metallische Rohstoffe, die aus geologischen Quellen, sprich aus Gesteinen stammen. Sie sind in der Generierung und in der Verarbeitung sehr aufwendig, und sie stehen nicht endlos zur Verfügung. Meines Erachtens muss dies mit berücksichtigt werden. Recyclingquellen zu metalli-

schen Rohstoffen stehen bis heute kaum zur Verfügung. Es ist zu begrüßen, die Entwicklung von "Power-to-Gas"-Verfahren voranzutreiben, zumal im Kanton Thurgau bereits ein Gasnetz in unmittelbarer Nähe vorhanden ist. Hinzu kommt der glückliche Umstand, dass auch im Kanton Schaffhausen eine Studie in ähnliche Richtung in Arbeit ist und Synergien benutzt werden könnten. Unsere Fraktion bitte Sie, den Antrag erheblich zu erklären.

Regierungsrat **Dr. Schläpfer**: Ich danke Ihnen für Ihr Interesse an der Fragestellung, für die gute Aufnahme der Antwort des Regierungsrates und für die Diskussion. Ich verweise auf die schriftliche Stellungnahme des Regierungsrates. Der Regierungsrat beantragt, den Antrag erheblich zu erklären. Ich darf feststellen, dass alle Fraktionen den Antrag unterstützen. Die Umwandlung von Ökostrom macht vor allem dann Sinn, wenn dieser im Überfluss vorhanden ist und zeitgleich nicht verwendet werden kann, beispielsweise bei sehr starker Sonneneinstrahlung oder bei starkem Wind. Die Umwandlung ist heute technisch möglich, und sie wird im Ausland bereits praktiziert. In der Schweiz steckt man diesbezüglich noch in den Anfängen. Weil wir im Kanton Thurgau aber über ein gutes und weit verzweigtes Erdgasnetz verfügen, wäre die Einspeisung des gewonnenen Gases besonders sinnvoll. Viele Kantone verfügen über ein nur wenig ausgebauten Erdgasnetz. Bei uns sind praktisch alle Gemeinden mit einem Erdgasnetz erschlossen. Der Regierungsrat ist deshalb der Meinung, dass es Sinn macht, die Möglichkeiten dieser relativ neuen Technologie für den Kanton Thurgau mit einer Machbarkeitsstudie näher abzuklären. Allerdings sind die Hinweise und Bedenken von Kantonsrat Jost Rüegg ernst zu nehmen und in der Studie abzuhandeln. Es ist möglich, dass sich das Ganze wirklich nur für spezielle Fälle, wie sie Kantonsrat Josef Gemperle erwähnt hat, lohnen wird. Die Ausdehnungen der Studie auf andere und weitere Speichermöglichkeiten sind im Antrag nicht erfasst. Wir werden prüfen, ob die gewünschte Ausdehnung umsetzbar sein wird. Dies wird unter anderem auch von den Kosten abhängen. Wenn ich es richtig verstanden habe, sollte die Behandlung der von Kantonsrat Stephan Tobler aufgeworfenen Fragen und Anregungen zur Erfüllung des Auftrages durch Experten erfolgen. Meines Erachtens gehören die Anregungen von Kantonsrat Daniel Eugster ebenso dazu. Da im Kanton Schaffhausen bereits eine ähnliche Studie in Arbeit ist und von unserer Abteilung Energie betreut wird, ergeben sich erhebliche Synergieeffekte. Unsere Abteilung Energie ist auch für die Energiebelange im Kanton Schaffhausen zuständig. Die Ergebnisse des Kantons Schaffhausen können wohl auch auf den Kanton Thurgau übertagen werden. Wie in der Antwort ausgeführt, sieht der Regierungsrat vor, die Studie über den Energiefonds zu finanzieren. Wir rechnen mit Kosten von Fr. 60'000.--.

Diskussion - **nicht weiter benützt.**

Beschlussfassung

Der Antrag wird mit grosser Mehrheit erheblich erklärt.

Präsident: Das Geschäft geht an den Regierungsrat zur Ausarbeitung des verlangten Konzeptes zuhanden des Grossen Rates.